

21. September 2001, 00:00 Uhr

Bayer

Eine Politik des "America first"

Zur Stimmungsverschlechterung hat womöglich auch eine gravierende Veränderung in der politischen Großwetterlage beigetragen. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten ist der "Westen" als moralische, politische, militärische Heimat abhanden gekommen.

Spätestens jetzt räumt die Wirklichkeit auf mit einer Illusion, die im Kalten Krieg entstanden ist und auch über zehn Jahre nach dessen Ende fortlebt: dass Deutschland/Europa und Amerika grundsätzlich das Gleiche wollen.

US-Präsident George Bush jr. deklariert eine Politik des "America first". Tony Judt, Professor an der New York University: "Viele von Bushs führenden Beratern sind Kalte Krieger ohne Kalten Krieg, ihre Einstellung zu internationalen Behörden, völkerrechtlichen Verträgen und Engagements im Ausland ist von Skepsis und Misstrauen geprägt."

Ein Unternehmen wie Bayer tut sich in diesem Umfeld besonders schwer. Seit jeher erlegen sich die Chemiemanager im Umgang mit den Amerikanern große Zurückhaltung auf immer eingedenk des Umstands, dass sie wegen ihrer Vergangenheit leicht angreifbar sind. Bayer ging einst aus den IG Farben hervor; in deren Labors hatten die Nazis das Giftgas Zyklon B für die Konzentrationslager produziert.

Es musste daher auch nicht verwundern, dass der New Yorker Rechtsanwalt Ed Fagan einer der Ersten war, die mit Getöse Sammelklagen gegen Bayer ankündigten. Fagan, wir erinnern uns, war der Aktivste, als es um die Zahlungen für die Zwangsarbeiter ging.

Die Bayer-Manager kommentieren all das nicht, zumindest nicht öffentlich. Sie wirken verschreckt. Lange genug haben sie es schwer gehabt: Bis 1986 war dem Chemiemulti in den USA der Auftritt unter eigenem Namen verboten; mit einem Milliardenbetrag haben sie die 1918 verlorenen Namensrechte zurückgekauft. Erst seit sieben Jahren darf das Unternehmen sein 1897 entwickeltes Aspirin in Amerika selbst verkaufen.

Nun das Desaster mit Baycol, mit Schadenersatzprozessen und all den unappetitlichen Begleitumständen.

Vielleicht ist ja wirklich nichts dran an den Verdächtigungen Richtung Pfizer und FDA. Aber ein Verdacht bleibt, bei den Bayer-Anführern, bei ihrem Fußvolk, bei manch anderem aus der Managerszene.

"Wirtschaftskrieg" raunt nicht nur einer wie Wolfgang Gibowski, Sprecher der Zwangsarbeiter-Stiftungsinitiative, wenn es um das Verhältnis zwischen amerikanischen und deutschen Unternehmen geht.

Wir dürfen uns auf muntere Zeiten einstellen.

Heide Neukirchen